

Wege aus der Krise Herkunft und Zukunft des sozialdemokratischen Kapitalismus

David Abraham

Summary: The crisis of social democracy, and with it the crisis of democratic capitalism, was both inevitable and self-inflicted. Changes in the organization and reach of capitalism, globalization in particular, undermined the ability of states to control its oligarchical tendencies. At the same time, the class basis of social democracy's electoral success shrank as manufacturing gave way to financialization. The new professional-technical classes replacing workers, though in some ways progressive, drive a radically different agenda. Defiance to this agenda reflects the depths of a broader crisis.

Kurz gefasst: Die Krise der Sozialdemokratie, und mit ihr die Krise des demokratischen Kapitalismus, war so unvermeidbar wie selbstverschuldet. Veränderungen in Organisation und Reichweite des Kapitalismus – insbesondere die Globalisierung – machten es für Staaten immer schwerer, dessen oligarchische Tendenzen zu kontrollieren. Die Finanzmärkte wurden wichtiger als die Produktion, und die Wähler-Basis der Sozialdemokratie schrumpfte. Neue beruflich qualifizierte Mittelschichten, die an die Stelle der Arbeiterklasse traten, verfolgen, wenn sie auch als progressiv gelten können, radikal andere Ziele. Der Siegeszug dieser Agenda ist Ausdruck einer tiefergehenden Krise.

Über das Ende der liberalen Demokratie, jedenfalls in ihrer sozialdemokratischen Variante, wird dieser Tage viel gesprochen. Das WZB hat jüngst sogar eine Abteilung eingerichtet, die sich dieser Entwicklung widmet. Oft wird die Krise von Demokratie und Sozialstaat im direkten Zusammenhang mit einer rechts-populistischen Bedrohung gesehen; sie ist aber eine eigene Entwicklung, facettenreich und umfassend: Umwelt und Energie, Sicherheit und Terrorismus, Migration und Flucht, der Niedergang hegemonialer Mächte und der Aufstieg von Autokratien, Finanzkrisen und tiefgreifende Ungleichheit – all das zusammen gehört zu einem großen Bild.

Der kommunistische Theoretiker Antonio Gramsci hat 1930 über die vielschichtige Krise aus Krieg, Pandemie, Sturz der Kaiserreiche, finanzieller Instabilität, Massenarbeitslosigkeit und aufsteigendem Faschismus geschrieben und eine oft zitierte Erklärung geliefert: „Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: In diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.“ Die alten Wege tragen nicht mehr, die neuen sind noch nicht sichtbar.

Heute finden wir unter den Symptomen, die den Abstieg Amerikas begleiten, eine Reihe von klassischen Merkmalen des Niedergangs eines Reiches: Kriege in der Peripherie, die Verarmung der soliden Mittelschicht und einen grotesken Anstieg der Ungleichheit, die Abhängigkeit von einem zunehmend söldnerischen Militär, dessen Mitglieder aus der untersten Klasse stammen, sichtbar werdende Korruption der Eliten und Inkompetenz, einen abnehmenden Rückhalt dieser Eliten im Volk und den Zustrom vormals Kolonialisierter aus der Peripherie in die Metropolen. Die Herausforderer sind, im Gegensatz dazu, voller Energie; sie investieren, wie es aufsteigende Mächte tun, in autarke Wirtschaften und dann in den Export; sie vermessen die Weltordnung neu.

Noch bevor Donald Trump 2016 gewählt wurde, war ein anderes Symptom der Gramsci'schen Krise offensichtlich geworden: Die Verbindung zwischen Repräsentant*innen und Repräsentierten, zwischen Parteien und Wahlvolk, die tragende Basis des sozialdemokratischen Kapitalismus, war ernsthaft ausgehöhlt. In der Nachkriegszeit schienen Volkswirtschaften und Parteiensysteme Kapitalismus und Demokratie sehr effektiv ausbalanciert zu haben, indem sie dem Keynes'schen Kompromiss für einen Wachstumspakt gefolgt waren: Es gab eine investitionsfreundliche Steuerpolitik, einen (in Europa national zugeschnittenen) Drei-Parteien-Korporatismus von Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern, fordistische Massenproduktion, ein beachtliches Niveau an gewerkschaftlicher Organisation und schließlich den Wettbewerb mit einer kommunistischen Macht. In der späteren Phase war sogar die Rede vom „Modell Deutschland“. Sozialwissenschaftler wie Adam Przeworski und Gøsta Esping-Andersen dokumentierten diese Phase – die im Nachhinein betrachtet vielleicht nur befristet sein konnte, was Wolfgang Merkel ebenso herausgearbeitet hat wie überzeugte Marxisten.

Als der Kapitalismus allmählich völlig globalisiert worden war und der Finanzsektor statt der industriellen Fertigung in den reichen Ländern zur Hauptquelle des Profits wurde, passierten zwei wichtige Dinge – und der politische Vormarsch des Kapitals fast überall tat das Seine dazu. Erstens verloren Staaten mehr und mehr die Möglichkeit, das Kapital zu regulieren: Ihre Steuerbasis schwand oder verschwand ins Ausland, ihre Bemühungen, Geld zu leihen, führten zu Stagflation und politisch gefährlichen Finanzkrisen, und schließlich führ-

ten private Kredite zur Verschuldung der Vermögenslosen – ein Prozess, den Wolfgang Streeck in seinem Klassiker „Gekaufte Zeit“ eingehend analysiert hat. Zweitens bewegten sich sozialdemokratische Parteien weg von den Interessen ihrer einstigen Basis, den schrumpfenden Arbeiterklassen, und übernahmen die Identitäten und Interessen neuer, beruflich qualifizierter Mittelschichten. Im Fall der USA gaben sie das Landesinnere auf, wo sie stark gewesen waren, und zogen umso mehr an die wohlhabenden Küsten. In der Generation von Clinton, Blair, Schröder usw. war es vielleicht noch nicht so sichtbar, aber die neuen Arbeiterparteien öffneten ihren eigenen Leuten eine Art Falltür – die bis heute offen steht.

Schließlich erwies sich Hillary Clintons neoliberale Partei als sehr angreifbar für die nationalistische Partei, die Donald Trump um sich versammelt hatte. Die Trump-Wähler (in beachtlichem Umfang genau jene, die zweimal für einen afro-amerikanischen Präsidenten gestimmt hatten) lagen nicht daneben mit der Vermutung, das System arbeite gegen sie, sie hätten keine Vertretung. Außerdem: Wenn das System nur für die Reichen arbeitet, wie Larry Bartels in seinem Buch „Unequal Democracy“ ausführlich gezeigt hat, warum sollte man dann nicht für einen reichen Mann stimmen, der angibt, ein Volkstribun zu sein? Im Deutschen Bundestag stammt kein Abgeordneter aus der Arbeiterklasse (in Kategorien der Sozialversicherung gemessen), im US-Kongress sind es drei. Das Geld regiert, es spricht mit seinesgleichen, während unpolitische und unverantwortliche Experten seinen politischen Willen ausdrücken.

Die Demokraten haben zweimal Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, um Bernie Sanders davon abzuhalten, die politische Diskussion weg von der „Kultur“ zur „Klasse“ zu bewegen, und vom „Sachzwang“ einer globalisierten Wirtschaft zu aktiver demokratischer Politikgestaltung zu kommen. Jetzt finden sie kein Mittel gegen den wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Zusammenbruch der einmal so selbstbewussten und gut abgesicherten Arbeiterklasse. Mehr noch: Sie scheinen daran nicht einmal besonders interessiert zu sein. (Der Corona-Notstand hat Präsident Biden, dessen politische Sozialisation vor dem Neo-Liberalismus stattfand, in die Lage versetzt, die Austeritätspolitik zu beenden, aber er hat kein weitergehendes Programm.) Bernie Sanders seinerseits kämpfte für eine aktualisierte New-Deal-Koalition, einen Green New Deal; der aber zu bedrohlich für ein demokratisches Establishment war, das der Vorstellung folgte: „Was gut ist für das eine Prozent, ist gut für die Gesellschaft“ (und das auch noch, als kein nennenswerter Trickle-Down-Effekt mehr zu beobachten war). Aber wenn man die Möglichkeit einer Veränderung von links blockiert, werden Nationalismus und Rassismus die Lücke füllen, und die Veränderung kommt von rechts.

Früher unerschütterliche Wählerinnen und Wähler der demokratischen Partei verzweifeln an einem demontierten Sozialstaat, an noch mehr Kriegen, in denen vor allem Kinder der Arbeiterklasse kämpfen, an der Verstrickung von Geld und Macht, an einer globalisierten Freihandels-Wirtschaft, die zulasten der mittleren und unteren Klassen geht, während sie sie abhängig macht von hirnlosen Spielen, Opioidsucht und lebensverkürzendem Industrie-Essen. Sie verzweifeln an einem Narrativ, das mehr Sympathie mit bedrohten Arten zeigt als mit bedrohten Jobs, und daran, dass die Sozialliberalen in den Vorstädten die materiellen Interessen ihrer vormaligen Verbündeten aus der Arbeiterklasse für einen Lifestyle-Liberalismus aufgeben (Sahra Wagenknecht hat das für Deutschland sehr zutreffend die „Lifestyle-Linke“ genannt).

Der Bruch der Verbindung zwischen sozialdemokratischen Repräsentanten und jenen, die sie einmal repräsentierten, hängt, wie bereits erwähnt, mit der veränderten Sozialstruktur des zeitgenössischen Kapitalismus zusammen. Eine beruflich qualifizierte Mittelschicht aus städtischen Milieus bildet jetzt das Herz der sozialdemokratischen Parteien, und wie bei den Mittelständlern der Vergangenheit ist ihre Ausrichtung unterschiedlich – zuweilen links, meist liberal, oft auch reaktionär. Gleichzeitig wurde in den USA der Begriff „progressiv“ von nahezu allem befreit, was mit „Arbeitern“ zu tun hatte, und die „aufgeklärten“ Klassen mit ihrem technokratischen und kosmopolitischen Hang zu „global justice“ – gut vereinbar übrigens mit billiger migrantischer Arbeitskraft – beset-



David Abraham ist emeritierter Professor für Recht an der Universität von Miami, USA. Er lehrte unter anderem deutsche und europäische Geschichte an der Princeton University, bevor er an die juristische Fakultät wechselte. Am WZB war er im Sommer Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe International Citizenship Law. (Foto: privat)

dabraham@law.miami.edu

zen jetzt diese Stelle. In Deutschland mit seinem Vielparteiensystem verlief diese Entwicklung durch das Vorhandensein der Grünen anders, aber selbst hier zeigt die Auseinandersetzung zwischen Wolfgang Thierse und jüngeren führenden Köpfen der SPD einen ähnlichen Trend. Wolfgang Streeck hat scharfsinnig beobachtet, dass die Konjunktur der „Identitätspolitik“ sehr viel zu tun hat mit einer „weit verbreiteten Unfähigkeit linker Parteien [...], eine überzeugende Vision einer solidarischeren, weniger ungleichen, mehr Zukunftssicherheit bietenden, im Umgang mit Welt und Umwelt weniger aggressiven, ihre kollektiven Güter pflegenden und ausbauenden Gesellschaft zu entwickeln“.

In den USA wurde der anhaltende Kampf gegen den Rassismus neu definiert, weg von ökonomischen und sozialen Anliegen, die früher für die überwiegend zur Arbeiterklasse gehörenden Schwarzen Amerikaner im Zentrum standen. Statt der Verbesserung der Lebensbedingungen der Schwarzen scheint es jetzt in progressiven Kreisen um eine „Reeducation“ der Weißen zu gehen, insbesondere in der Arbeitswelt und an den Universitäten. Daher kommt auch der überraschende Erfolg von Autor*innen wie Robin DiAngelo mit ihren Arbeiten zu den Privilegien der Weißen und dem Phänomen der „Cancel Culture“. Mit ihren libertären Kämpfen um Sexualität, Gender und Ähnliches fordern die neuen Progressiven die Spielregeln des Kapitalismus nicht heraus; vielmehr kommen sie ironischerweise dem nahe, was Angela Merkel eine marktkonforme Sozialpolitik genannt hat. Größere Unternehmen sind sehr glücklich mit solchen Niedrigkosten-Projekten, die ihnen zudem neue Absatzmärkte und Möglichkeiten erschließen. In einem Land, in dem die meisten weißen Menschen keine 500 Dollar für den Notfall zurücklegen konnten, ist es sicher billiger, den Rassismus zu bekämpfen, indem man diesen Menschen erzählt, sie seien „privilegiert“, als für einen Mindestlohn von 15 Dollar oder für ein allgemeines Gesundheitssystem zu kämpfen. Eine genderneutrale oder diverse Toilette auszuweisen, ist sicher billiger, als die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu tolerieren.

Während die professionellen Mittelklassen an der Spitze der Demokratischen Partei, die Finanzleute der Wall Street und IT-Unternehmer, gerne von „systemischem“, „strukturellem“ oder „systematischem“ Rassismus sprechen, schlagen sie als Gegenmittel meist die Änderung von Einstellungen und nicht etwa eine Umverteilung vor – weder die Umverteilung ihrer eigenen Besitztümer noch die des Kapitals. Zentrale Themen wie Polizeigewalt gegen Minderheiten werden den libertären Impulsen der Klasse aus den Gated Communities unterworfen („Defund the Police“), aber fast nie in Verbindung gebracht mit Tatsachen wie jenen, dass städtische Polizeikräfte Kriegsmaterial aus dem Nahen Osten weinternutzen oder dass sie sich als legitime Besitzer der Schwarzenviertel sehen, die wegen ihrer Armut und Hoffnungslosigkeit unter Kontrolle gehalten werden müssen. Polizeigewalt gilt schlicht als eines der tiefstzittenden Symptome weißer Dominanz, die letztlich nur durch Demografie überwunden werden kann. Richard Alba hat diesen Irrtum jüngst seziert. Zentral für diese Sicht ist die Klassifizierung, die aus der „one-drop“-Regel der Sklavenezeit stammt, derzufolge jeder, der auch nur eine Spur „nicht weißen Blutes“ hat, als eine „Person of Color“ zählt. Viele identitätsfixierte Progressive bejubeln die Statistik, die sich daraus ergibt: Die Zunahme gemischter Beziehungen und die Zuwanderung aus dem globalen Süden enthebt sie nämlich der politischen Arbeit von Ideologie und Organisation. Denn obwohl viel über soziale Konstruiertheit gesprochen wird, obwohl es eine große Vielfalt ethnischer Herkunft, gesellschaftlicher Schicht, Wahlpräferenzen, sozialer und religiöser Werte gibt, gilt bei vielen Identitätsfixierten die Regel: Je „brauner“, desto progressiver – unglaublich naiv und dennoch ernsthaft verbreitet.

Die grundsätzliche Krise, die gestörte Verbindung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten, die Gramsci beschrieben hat, hat damals sowohl den New Deal hervorgebracht als auch den Faschismus. Hoffen wir, dass unser Weg aus der Krise eher Ersterem ähnelt.

Literatur

Alba, Richard: *The Great Demographic Illusion: Majority, Minority, and the Expanding American Mainstream*. Princeton: Princeton University Press 2020.

Bartels, Larry: *Unequal Democracy: The Political Economy of the New Gilded Age*. Princeton: Princeton University 2017.

DiAngelo, Robin: *White Fragility: Why It's So Hard for White People to Talk About Racism*. New York: Beacon Press 2018.

Esping-Andersen, Gøsta: *Politics against Markets*. Princeton: Princeton University Press 1985.

Merkel, Wolfgang: „Is Capitalism Compatible with Democracy?“ In: *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 2014, Jg. 8, S. 109–128.

Przeworski, Adam: *Capitalism and Social Democracy*. New York: Cambridge University Press, 1985.

Streeck, Wolfgang: *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp 2013.